

Freunde für Fremde e.V.



Eine Initiative zur Begegnung von Flüchtlingen, Ausländern und Deutschen

im



Jahresbericht 2010

## **Inhaltsverzeichnis**

|  |    |
|--|----|
| Recht auf Arbeit – Ein Menschenrecht? (Gertrud Stihler)                          | 6  |
| Nun endlich doch – Umdenken und Umlenken (Udo Dreutler)                          | 8  |
| Warum ist Deutschunterricht für Migranten wichtig? – Eine Umfrage (Gisela Bader) | 10 |
| Deutschunterricht im Museum (Helga Weinert-Kuhn)                                 | 13 |
| Auf der Suche nach einer religiösen Heimat (Heidi Meier-Menzel)                  | 14 |
| Srebrenica-Filmreihe im Juli 2010 (Christoph Rapp)                               | 18 |
| Tag des Flüchtlings am 01.10.2010 (Christoph Rapp)                               | 19 |
| Wie wir uns finanzieren – Wem wir danken (Heidi Heger)                           | 20 |
| Statistik der Beratungsarbeit 2010 (Klaus Heckfuss)                              | 21 |
| Impressum  | 23 |

## **Grußwort Jahresbericht Freunde für Fremde 2011**

Die Veränderungen in der arabischen Welt und die aktuelle Situation von Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen zeigt die hohe Brisanz, die das Thema hat. Wo von Flüchtlingswellen und Strömen geredet und geschrieben wird, werden Ängste geschürt. Ein Verhalten, bei dem sich jeder selbst der Nächste ist, verhindert den Blick auf die Menschen, die zu uns kommen und deren Rechte in vielfältiger Weise beschnitten sind. Dabei geht es um so Grundsätzliches wie die Sicherung des Existenzminimums durch mehr Geld- statt Sachleistungen, die dezentrale Unterbringung in Wohnungen und die Auflösung von Sammelunterkünften. Wie kann es sein, dass Familien vier Jahre und länger auf kleinstem Raum in einer Gemeinschaftsunterkunft leben müssen, die Kinder nicht wissen, wie sie ihre Schularbeiten machen sollen, Privatsphäre ein Fremdwort ist? Zu einem menschenwürdigen Leben gehört auch die Ausweitung der Residenzpflicht auf das Land Baden-Württemberg und damit die Möglichkeit, sich frei zu bewegen ohne Angst, aufgegriffen und bestraft zu werden.

Ein Satz von Jesus lautet: *„Alles nun, was ihr wollt, das euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch.“* Wenn wir uns bewusst machen, wie selbstverständlich wir Rechte für uns in Anspruch nehmen, dann ist der Schritt nicht so weit, sich auch für die Rechte von Flüchtlingen einzusetzen.

Der Verein „Freunde für Fremde e.V.“ leistet hier eine sehr gute Arbeit sowohl aufklärend als auch in der konkreten Hilfe für diejenigen, die ohne diese Unterstützung aufgegeben hätten. Ich wünsche all denen, die sich im Verein engagieren, viel Kraft, eine große Portion Zuversicht und Freude darüber, dass sich etwas bewegt oder dass jemand seinen Blick verändert.

**Annette Stepputat**

**Landeskirchliche Beauftragte für die Seelsorge an Ausländern, Aussiedlern und Flüchtlingen**

## Recht auf Arbeit – ein Menschenrecht?

Der Artikel 23 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948 beginnt so: „Jeder hat das Recht auf Arbeit.“ Dass dieses Recht auch in Deutschland keinesfalls allen gewährt wird, zeigt „Die Zeit“ in einem Dossier vom September 2010 auf, das sie unter die Überschrift „Die Vergessenen“ stellt und in dem sie auf einen Sachverhalt hinweist, der in unserer Gesellschaft weitgehend unbekannt ist: Auf die Situation von Flüchtlingen während des Asylverfahrens und als Geduldete (siehe „Die Zeit“ vom 16.09.2010/S. 17-19). Wir haben uns sehr gefreut, dass damit eine so renommierte Zeitung ein Problem aufgegriffen hat, das uns in der Beratung ständig beschäftigt und dem wir hilflos gegenüberstehen. Worum geht es? Flüchtlinge erhalten während des Asylverfahrens – das oft Jahre dauert – und danach, wenn sie kein Bleiberecht erhalten, aber auch nicht in ihr Heimatland zurückgeschickt werden können, z. B. weil dort politische Unruhen herrschen, keine Arbeitserlaubnis, keine Erlaubnis eine Ausbildung zu machen und keine Möglichkeit an Deutschkursen teilzunehmen. Sie werden zum Nichtstun gezwungen, haben eine Unterkunft und Bezüge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, niedriger als SGB II (der Landkreis gibt außer Unterbringung lediglich Esspakete und ein Taschengeld von 40 € pro Monat).

Man kann sich leicht vorstellen, wie diese Situation sich auf Menschen auswirkt, die unter Gefahr für Leib und Leben ihre Heimat verlassen haben in der Hoffnung auf ein Leben in Frieden und Sicherheit. Und ein Leben in Frieden, das ist es auch, was sie hier hält, Sicherheit haben sie nicht, denn es kann ihnen bei veränderter Einschätzung der politischen Lage in ihrem Heimatland durch die Regierung der BRD jederzeit die Abschiebung drohen. Viele dieser Menschen verfallen in Resignation, werden depressiv, andere aggressiv.

Was wir in dieser Lage konkret tun können ist, kostenlos Deutschunterricht zu geben, Kontakte und Gespräche anzubieten und diese Problematik immer wieder öffentlich zu machen.

Wir halten diese Regelung des Arbeits- und Ausbildungsverbotes nicht nur im Interesse der Betroffenen sondern auch aus gesamtgesellschaftlicher Sicht für unverantwortlich, bleiben doch hier Fähigkeiten und Begabungen völlig ungenutzt.

Besonders belastend ist für uns, dass es sich bei den Betroffenen meist um junge Menschen handelt, oft mit gutem Schulabschluss, angefangener Ausbildung oder begonnenem Studium. Sie sind zum Lernen und Arbeiten motiviert.

Einige Beispiele mögen das verdeutlichen:

Mit 21 Jahren kam Herr K. aus dem Iran nach Deutschland. Er hatte Abitur gemacht, ein Maschinenbaustudium begonnen und sich dann an politischen Protesten beteiligt. Als ihm bewusst wurde, dass er sich in große Gefahr gebracht hatte und fürchten musste, ins Gefängnis zu kommen, floh er hierher in der Hoffnung, als politischer Flüchtling anerkannt zu werden. Das war im Jahre 2003. Seitdem wartet er darauf, sein Studium hier fortsetzen zu können, bisher vergeblich, er ist nur geduldet. Inzwischen hat er selbstständig die deutsche Sprache gelernt, eine Unterhaltung mit ihm ist problemlos möglich und sehr interessant. Die Hoffnung auf sein Wunschstudium hat er noch nicht aufgegeben.

Ein intelligenter junger Mann, der gern etwas leisten möchte!

Ein ähnliches Schicksal hat Herr A., auch er kam 2003 aus dem Iran nach Deutschland. Er hat ein geisteswissenschaftliches Studium abgeschlossen, sich ebenfalls politisch betätigt, musste fliehen. Seitdem wartet er auf eine Möglichkeit seine Fähigkeiten wieder einzusetzen, ein Ergänzungsstudium zu machen, oder auch nur eine Tätigkeit ausüben zu dürfen um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Die deutsche Sprache ist auch bei ihm kein Problem.

In einer etwas anderen Situation ist Herr J. aus Gambia. Er war 19 Jahre alt, als er 2006 hierher kam. In seinem Heimatland hatte er keine Chance, Bildung zu erwerben. Seine Familie war in

politische Unruhen verwickelt, als Asylbewerber anerkannt ist er nicht. Er hat bei uns zweimal in der Woche Unterricht, den eine pensionierte Realschullehrerin ehrenamtlich erteilt. Hier hat er nicht nur lesen und schreiben gelernt, sondern auch Deutsch und Mathematik. Er ist ein ausgesprochen eifriger Schüler und macht gute Fortschritte. Gerne würde er mit diesen erworbenen Fähigkeiten eine Ausbildung machen oder wenigstens einfache Tätigkeiten ausüben, es ist ihm nicht erlaubt.

Drei leistungsbereite junge Männer (und es gibt noch viele andere!) – warum wird ihnen das Recht auf Arbeit verweigert?

Allerdings: erfreulicherweise gibt es erste Ansätze, dieses Problem anzugehen, wie der folgende Artikel zeigt.

Gertrud Stihler

## Nun endlich doch: Umdenken und Umlenken?

Im September 2000 wurde die Bundestags-Präsidentin a.D. und Professorin Rita Süssmuth von dem damaligen Minister des Innern, [Otto Schily](#), zur Vorsitzenden der Unabhängigen Zuwanderungs- Kommission berufen. Diese war beauftragt, ein Gesamtkonzept für ein neues Ausländerrecht zu erarbeiten. Die Ergebnisse der Kommission, die unter dem Titel „*Zuwanderung gestalten – Integration fördern*“ veröffentlicht wurden, führten nach heißer parlamentarischer Diskussion in der Tat zu einem in verschiedenen Ansätzen neuen „Zuwanderungsgesetz“, das aber letztlich am Widerspruch einiger Bundesländer scheiterte.

Der mutige Neuanfang wurde nicht nur gestoppt, er wurde umgekehrt und aus dem Zuwanderungsgesetz wurde das Gesetz zur **Steuerung und Begrenzung** der Zuwanderung, oder anders gesagt: aus dem Ansatz der Gestaltung und Förderung von Migration und Integration wurde erneut das Prinzip der Abschreckung und Ausgrenzung.

Aber der Stein war dennoch ins Rollen gekommen. Unter strikter Ausklammerung von Asylsuchenden wurde das Thema Integrationsförderung auf ganz anderen Ebenen als dem Ausländerrecht aufgegriffen. Auf dem 2. Integrationsgipfel stellte die Bundeskanzlerin im Juli 2007 den **Nationalen Integrationsplan** vor. (Das Wort Asylbewerber oder Ähnliches erwähnt das umfangreiche Buch allerdings wiederum an keiner Stelle!)

Als Teil dieses Integrationsplans schrieb das „ESF (Europäischer Sozial Fonds)- Bundesprogramm zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt“ im Herbst 2008 bundesweit die Förderung von Netzwerken aus, die sich zum Ziel gesetzt haben, Bleibeberechtigten und Flüchtlingen mit Arbeitserlaubnis den Zugang zum 1. Arbeitsmarkt zu erschließen.

Bundesweit 43 Projektverbände mit insgesamt ca. 220 Einzelprojekten wurden in die Förderung aufgenommen, darunter 4 Projekte aus Baden- Württemberg: Freiburg, Friedrichshafen, Stuttgart und Tübingen. In Karlsruhe (Stadt und Landkreis) waren die Chancen dieser Ausschreibung – 90% Förderung der Gesamtkosten! – nicht wahrgenommen worden.

Ganz anders dagegen im Nachbar- Bundesland, in Rheinland- Pfalz: Im Südosten des Landes, genauer in der Region Germersheim, Landau, Ludwigshafen und Bad Kreuznach schloss sich unter der Federführung des Instituts für Sozialpädagogische Forschung e.V., Mainz ein Netzwerk zusammen, **das bundesweit das Einzige ist, in das auch 2 Ausländerbehörden aktiv und eine dritte beratend eingebunden ist.**

Das ist der Grund, weshalb ich mehrfach nach Germersheim und später auch zu den anderen Akteuren gefahren bin, um mich zu informieren. Nicht nur das, ich habe versucht das „Feuer“, das dort brannte über den Rhein nach Karlsruhe zu tragen. Aber der Funke ist nicht gesprungen. Da spielen verschiedene Punkte mit, die hier nicht erörtert werden sollen. Das Hauptproblem mag gewesen sein, dass wir uns bei der Diskussion am „RundenTisch Ausländerrecht“ auf die Aktivitäten und Ergebnisse von Germersheim beschränkt haben, statt über das Gesamtprojekt zu sprechen. Außerdem ist mir auch erst im Rahmen der videografischen Dokumentation richtig bewusst geworden, mit welcher Freude und mit welcher Begeisterung unsere Pfälzer Nachbarn die **Chancen des Projektes aufgegriffen und in Erfolge umgesetzt haben:**

In den letzten 2 Jahren konnte das Projekt **InProcedere – Bleiberecht durch Arbeit** ca. 600 Menschen erreichen, von denen knapp 1/3 eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und 60 Personen eine Ausbildung aufgenommen haben, wodurch mit den Familienangehörigen eine deutlich größere Personenzahl aus der staatlichen Sozialhilfe entlassen werden konnte. Hintergrund dieses Erfolges ist die Tatsache, dass das Innenministerium und die Integrationsbeauftragte des Landes die Ausländerbehörden animiert haben, aktiv an dem Projekt mitzuarbeiten. Die beiden eingebundenen Behörden haben die in Frage kommenden Personen

angeschrieben, sie auf das Projekt **InProcedere** aufmerksam gemacht und bei aktiver Beteiligung an dem Projekt die Aufenthaltsgenehmigung in Aussicht gestellt, wenn der notwendige Identitätsnachweis erbracht wurde (Passbeschaffung).

Der Landrat Dr. Fritz Brechtel berichtet z.B. über die Vorbereitungen der Kreisverwaltung, um eine möglichst umfangreiche Zustimmung im Kreistag abzusichern:

„Zunächst haben wir eine Bürgermeister- Dienstbesprechung einberufen und dort das Projekt und seine Ziele erläutert. Dann haben wir das Ganze im Sozialausschuss vorgestellt und schließlich im Kreisausschuss. So haben wir eine fast einstimmige Unterstützung des Projektes im Kreistag erreicht.“

Die Landesbeauftragte für Migration und Integration, Frau Maria Weber, bot einen Runden Tisch an, um die Akteure zusammen zu führen und verwies gleichzeitig auf die humanitäre Verpflichtung allen Menschen eine Chance auf Bildung bzw. Ausbildung zu geben, damit sie ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können und nicht durch den Staat alimentiert werden müssen.

Auch Landrat Dr. Brechtel argumentiert: „Wir werden in den kommenden Jahren nicht nur unsere eigenen Kinder und dort die bildungsferneren Schichten, meist Hartz IV- Empfänger, fördern können, sondern wir werden auf einen Mangel an Arbeitskräften zusteuern und deshalb müssen wir schon im Eigeninteresse der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland versuchen, alle Menschen zu gewinnen und zu integrieren.“

Um diese Denkweise ging es Rita Süßmuth schon vor 12 Jahren und früher. Um diese Denkweise- und nicht um die handwerkliche Umsetzung geht es mir hier. Wer zur Umsetzung mehr wissen möchte, sollte sich meinen Film ansehen, der gewissermaßen eine Anleitung zum Erfolg ist. (Anfragen bitte an [kontakt@dreutler.de](mailto:kontakt@dreutler.de)).

Ob der Funke jetzt überspringt? Die Wähler von Baden- Württemberg haben eindeutig für den Wandel gestimmt. Wenngleich vielleicht nur ein kleiner Teil davon aus diesen Gründen.

Das Bundes-Innenministerium jedenfalls hat die Leistung des Projekte **InProcedere** dadurch honoriert, dass das Projekt weitere 3 Jahre gefördert wird.

„**Kooperation führt zum Erfolg!**“ ist das Schlusswort vom Maria Weber in meiner Dokumentation.

Udo Dreutler

## Warum ist Deutschunterricht für Migranten wichtig? - Eine Umfrage

Um einen Einblick in den Deutschunterricht bei „Freunde für Fremde“ zu bekommen, hatte eine Diplomandin Fragen für ein Interview mit Teilnehmern verschiedener Gruppen vorbereitet. Sie wollte wissen:

*Woher kommen Sie?*

*Seit wann leben Sie in Deutschland?*

*Wo wohnen Sie momentan?*

*Haben Sie, bevor Sie nach Deutschland gekommen sind, schon Deutsch gelernt oder Kurse besucht?*

*Wie lange nehmen Sie hier in Deutschland schon Deutschunterricht?*

*Wie lange haben Sie hier im Verein FfF bzw. im Menschenrechtszentrum schon Deutschunterricht?*

*Haben Sie woanders schon Deutschkurse besucht?*

*Erzählen Sie doch mal wie so ein Deutschunterricht abläuft*

*Würden Sie gerne etwas am Deutschunterricht verändern? Haben Sie Änderungsvorschläge?*

*Machen Sie privat, unabhängig von den Unterrichtsstunden, viel um die Sprache zu lernen? z.B. Deutsches TV / Radio ...*

*Was motiviert Sie die Sprache zu lernen? / Warum ist es für Sie wichtig Deutsch zu lernen?*

*Würden Sie sagen, dass es Ihnen leicht fällt Deutsch zu lernen?*

*Wo sehen Sie Probleme im Erlernen der deutschen Sprache?*

*Haben Sie im Alltag häufig die Möglichkeit Deutsch zu sprechen?*

*Nutzen Sie jede Möglichkeit, die sich Ihnen bietet um mit anderen Menschen Deutsch zu sprechen?*

*Brauchen Sie Deutsch für Ihren Beruf?*

*Fühlen Sie sich ganz persönlich im Alltag benachteiligt wenn / weil Sie Deutsch nicht perfekt beherrschen?*

*Was würde eure Situation hier in Deutschland noch verbessern? z.B.: Kulturangebote / Bahnfahrkarten / Karlsruher Pass / Mehr Angebote um Kontakte zu knüpfen...*

*Nehmen Sie Angebote, wie beispielsweise „Sprecht miteinander“ in Anspruch?*

*Haben Sie die Möglichkeit im Unterricht auch private Anliegen anzusprechen und um Hilfe zu bitten? Evtl. auch nach dem Unterricht / Briefe übersetzen*

Ein Interview gibt natürlich nur einen eingeschränkten Einblick in das Leben des Befragten. Hintergründe zur vergangenen Lebenssituation und Details zur aktuellen Lebenslage mit über den Fragenkatalog hinausgehenden Informationen bleiben verborgen. Die Unterrichtenden könnten noch weitere Informationen hinzufügen.

Aus fünf Gruppen beteiligten sich Lernende unterschiedlichen sprachlichen Niveaus. Sie wollten durchweg lieber schriftlich als mündlich antworten, so waren auch keine Nachfragen möglich. Drei Fortgeschrittenere wagten es einen Text zu schreiben. Die folgenden Beispiele geben die Antworten zusammengefasst wieder.

Ein junger Gambier lebt seit 6 Jahren in Deutschland und hatte vor seiner Ankunft hier noch kein Deutsch gelernt. Seit einem Jahr erhält er einmal pro Woche Deutschunterricht beim Verein „Freunde für Fremde“ im IBZ. Ein anderes Deutschangebot gibt es für ihn nicht. Bevor er Texte aus dem Deutschbuch liest und schreibt, lernt er auch Mathematik mit der Lehrerin. Er ist sehr zufrieden mit diesem Unterricht. Natürlich fällt es ihm nicht leicht Deutsch zu lernen, aber er möchte die Leute hier verstehen und hofft, auch eine Arbeit zu finden. Am Schwersten findet er das Buchstabieren (die Rechtschreibung) und den richtigen Gebrauch der Artikel. Trotz allem nutzt er jede Gelegenheit mit anderen Menschen Deutsch zu sprechen und fühlt sich im Alltag eigentlich



nicht benachteiligt wegen seiner schlechten Deutschkenntnisse. Er ist sehr dankbar für den Unterricht und für die Möglichkeit, auch private Anliegen ansprechen zu können.

Er wünscht sich mehr Angebote für einen Deutschunterricht, auch mehr Jobangebote. Bahnfahrten sollten kostenlos sein. Sein größter Wunsch allerdings ist, dass beim Asylverfahren weniger Druck gemacht wird und dass man ihn frei leben lässt.

Ein junger Nigerianer, der seit 2001 in Deutschland lebt, hat ebenfalls vor seiner Ankunft in Deutschland kein Deutsch gelernt. Seit 2009 besucht er mit großer Motivation den Deutschunterricht bei „Freunde für Fremde“, der einmal pro Woche stattfindet. Er ist dankbar, weil er im Unterricht auch in verschiedenen Anliegen Unterstützung bekommen kann. Es fällt ihm nicht leicht Deutsch zu lernen, auch, weil er sich so schwer tut mit der Aussprache. Er fühlt sich daher im Alltag schon benachteiligt. Dennoch nimmt er außerhalb des Unterrichts jede Gelegenheit wahr Deutsch zu sprechen, denn er möchte Leute treffen und sie verstehen, er möchte die Kultur kennenlernen und natürlich benötigt er Deutsch für seine Arbeit. Bei seinen Bemühungen um Arbeit stieß er auf riesige Probleme. Aber nun ist er glücklich seit einem Jahr eine gute, ordentlich bezahlte Arbeit gefunden zu haben, die gerade um ein halbes Jahr verlängert wurde. Seine Wünsche sind, dass auch Asylbewerber Zugang zum Karlsruher Pass bekommen und dass es mehr Angebote geben möge, Kontakte mit Deutschen zu knüpfen.

Eine 53 Jahre alte Frau aus Russland lebt seit dreieinhalb Jahren in Deutschland, hat sofort an einem Integrationsunterricht teilgenommen, besucht aber um die Sprache zu festigen den Unterricht bei „Freunde für Fremde“. Es fällt ihr nicht leicht, Deutsch zu lernen, auch hat sie keine weiteren Möglichkeiten Deutsch zu sprechen. Und da sie die Sprache für ihren Beruf braucht, ist ihr der Unterricht bei „Freunde für Fremde“ wichtig.

Eine 59-jährige Wissenschaftlerin kommt aus der Republik Moldau und lebt seit 2007 in Karlsruhe. Bevor sie ihr Land verließ, hat sie bereits etwas Deutsch gelernt und auch sie hat hier gleich einen Integrationskurs besucht. Arbeit fand sie nicht, aber sie fand weitere Unterstützung Deutsch zu lernen bei Lehrerinnen von „Freunde für Fremde“ in der Synagoge und seit einem halben Jahr auch im IBZ. Der Unterricht ist vielgestaltig, interessant und auch lustig. Neben Grammatikübungen wird diskutiert, es wird mit dem CD-Recorder gearbeitet, und die Teilnehmer erhalten nützliche Informationen über das Leben in Deutschland. Die Moldawierin findet Deutsch zwar nicht leicht, aber auch nicht zu schwierig. In ihrem Land fühlte sie sich viel mehr benachteiligt, weil sie schlecht „Ruminisch“ sprach als hier mit ihrem Deutsch <sup>1</sup>. Außer im Unterricht hat sie allerdings nicht viele Möglichkeiten Deutsch zu sprechen. Um die Sprache zu verbessern und zu festigen besucht sie deshalb auch das Angebot im IBZ „Sprecht miteinander“, hört Radio, sieht fern und liest deutsche Bücher. Sowohl im Unterricht als auch bei „Sprecht miteinander“ haben die Teilnehmer die Möglichkeit persönliche Anliegen vorzubringen.

Zum Abschluss sagt die Frau, auch wenn mehr Angebote der Stadt ihr Leben verbessern könnten, so ist sie doch für alle derzeitige Hilfe dankbar und „es geht mir gut wie es ist“.

<sup>1</sup> Seit 1990 ist Rumänisch (Moldauisch) die Amtssprache in Moldawien. Nach dem Anschluss an die Sowjetunion 1940 war in Moldawien die kyrillische Schrift eingeführt worden. Russisch zu sprechen war eine Voraussetzung für höhere Bildung, gesellschaftliches Ansehen und politische Ämter. Im Zuge der Abspaltung von der Sowjetunion (1989 -1991) vollzog sich die Wiedereinführung der lateinischen Schrift. Moldawisch zu sprechen fiel vielen Bewohnern Moldawiens schwer. Heute ist Russisch immer noch die meistgesprochene Sprache; daneben auch Ukrainisch, Gagausisch (eine Turksprache) und andere Sprachen von Minderheiten. (Quellen: Wikipedia und [www.derreisefuehrer.com](http://www.derreisefuehrer.com))

Eine Teilnehmerin aus Jekaterinburg schrieb anhand der Fragen den folgenden Text:

Ich bin seit 10 Jahren in Deutschland und Ich wohne in Karlsruhe. Bevor Ich nach Deutschland gekommen, habe Ich nicht Deutsch gelernt. Hier mein großes Problem war die Deutsche Sprache und der erste Schritt war die Sprache zu lernen.

Ich nehme den Deutschunterricht im IBZ (bei „Freunde für Fremde“) schon 5 Jahren und besuche den Unterricht zwei mal pro Woche. Der Unterricht läuft zwei Stunden ab. Wir lesen, sprechen, diskutieren und machen die verschiedenen Übungen auf Grammatik. Und ich bin mit den Deutschunterrichten ganz zufrieden. Jeden Tag lese Ich Buchen, TV sehe und manchmal besuche Ich Theater und Museen.

Für mich ist es wichtig Deutsch zu lernen weil Ich in Deutschland wohne. Natürlich, das ist nicht leicht Deutsch zu lernen. Ich bin davon überzeugt, dass Ich habe keine Möglichkeit häufig Deutsch zu sprechen. Ich konnte Deutsch sprechen wann Ich arbeitete. Ich nutze mich jede Chance mit anderen Menschen Deutsch zu sprechen z.B. mit meinen Nachbar.

Ich habe acht Jahren gearbeitet und brauchte Deutsch für meinen Beruf.

Ich kann meine Lehrerinnen private Anliegen ansprechen.

Der Deutschunterricht ist mir wichtig. Ich möchte mich bei unseren Lehrerinnen bedanken, die für uns so viel Zeit und Kraft opfern.

Bei den Antworten im Fragebogen einiger Teilnehmer und Teilnehmerinnen im Rentenalter, die bereits viele Jahre in Deutschland leben, ist zu lesen, dass sie bereits bis zu 500 Stunden Integrationskurse besucht haben. Doch sie kommen weiterhin regelmäßig. Ein oft gehörtes Argument warum sie kommen ist: „wir schämen uns“, „ich schäme mich“ wegen meines schlechten Deutsch. Sie begründen es, „mir fällt sehr schwer Deutsch zu sprechen“, „mache ich viele Fehler. Man braucht Zeit, Geduld und Fleißig um neue Sprache zu erlernen“, „man braucht Deutsch immer: im Praxis, im Geschäft, in Straßenbahn, manchmal wird ich von Passanten gefragt“, weil „ich die Sprache meiner neuen Heimat beherrschen möchte“, „weil die deutsche Sprache schön ist“, „weil ich in Deutschland lebe“. Im Unterricht hören, sprechen und lesen sie Deutsch und „halten“ so ihre Sprachkenntnisse „fest“, die sonst im Alltag leicht verloren gehen könnten. Wie eine länger erkrankte 75-jährige Teilnehmerin am Telefon sagte: „Hoffentlich können Sie mich noch verstehen, wenn ich wiederkomme.“

### Einschränkungen beim Deutschangebot unseres Vereins

Wie aus den obigen Beiträgen zu ersehen ist, unterrichten Lehrerinnen und Lehrer des Vereins „Freunde für Fremde“ Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Alters.

Ebenso unterschiedlich sind die Gründe und Wünsche derer, die um Deutschunterricht bei „Freunde für Fremde“ nachfragen: Zum einen sind da die Geduldeten, die, auch wenn sie schon längere Zeit in Deutschland leben, kein Anrecht auf Sprachunterricht (einen Integrationskurs) haben. Dies ist die Gruppe, für die wir vorrangig da sein möchten. Andere wollen ihr Deutsch nach Besuch eines Integrationskurses weiter auf verschiedenen Niveaustufen des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens vervollständigen, um eine Sprachprüfung ablegen zu können oder um sich für ihr berufliches Fortkommen besser zu qualifizieren. Es kommen junge Frauen, oft mit Kleinkindern, die einen Alphabetisierungskurs brauchen. Und meist können die Interessierten auch nur zu bestimmten Zeiten an einem Unterricht teilnehmen.

Sie waren oft zuerst bei der Beratung unseres Vereins, sie werden geschickt vom Menschenrechtszentrum, von der AWO, von den verschiedenen Sozialdiensten, kommen in Begleitung des Ehemanns, einer deutschen Freundin oder Freundes, sie haben vom unentgeltlichen Deutschangebot des Vereins im Internet gelesen oder von anderen gehört. Alle versprechen sich schnelle individuelle Hilfe. Wir versuchen sie je nach ihrem Bedürfnis zu betreuen, die Fortgeschritteneren in einer Gruppe unterzubringen, für Anfänger oder zu Alphabetisierende jemanden zu finden, der Einzelunterricht erteilt oder wir leiten sie, wenn möglich, an andere Stellen weiter.

Doch das Problem ist, dass die Kapazität unseres Vereins an Unterrichtenden begrenzt ist. Dankenswerterweise kommt hie und da jemand auf uns zu, der oder die unterrichten möchte, aber ebenso hören andere wieder auf, durch Wegzug oder aus Altersgründen und auch, weil es gerade beim Einzelunterricht immer mal zu Verärgerung kommt wenn der Lehrer oder die Lehrerin wiederholt vergebens auf den Schüler warten muss. Trotz Wissens um interkulturell unterschiedliche Auffassung von Zeit und Pünktlichkeit ist dies für jemand ehrenamtlich Arbeitenden frustrierend.

Alles in allem jedoch bringt die Arbeit mit den Migranten auch den Lehrenden viel Positives, und auch wir lernen immer wieder im gegenseitigen Begegnen und Austausch. Dieses Unterrichten ist eine bereichernde Tätigkeit.

Könnten Sie sich vorstellen, neue ehrenamtliche Mitarbeiterin oder neuer Mitarbeiter bei „Freunde für Fremde“ zu sein und Migranten beim Deutschlernen zu helfen?

Gisela Bader

### **Deutschunterricht im Museum**

Am 24.11.2010 besuchte eine Gruppe von ca. 14 TeilnehmerInnen (begleitet von Frau Stein und Frau Weinert-Kuhn) aus den verschiedenen Deutschgruppen des Vereins „Freunde für Fremde“ das Museum am Markt von 15.00 bis ca. 16.30 Uhr.

Frau Seemann vom Badischen Landesmuseum führte die BesucherInnen durch die Ausstellung „Orient begegnet Okzident“. Anhand ausgewählter Objekte zeigte sie die Jahrhunderte alten wechselseitigen Beziehungen zwischen Orient und Okzident. Die Ausstellung zeigt einerseits die Sicht des Orients auf das fremde Abendland, andererseits aber auch die vielseitigen, manchmal klischeehaften Vorstellungen des Abendlands vom Orient. Die Beschäftigung mit der jeweils fremden Kultur hat auf beiden Seiten viele Spuren hinterlassen. Manchmal war es ein Kampf der Kulturen, gleichzeitig aber immer auch ein Austausch.

Die Gruppe folgte interessiert den Ausführungen Frau Seemanns, die wiederum auf Nachfragen der TeilnehmerInnen gerne eingegangen ist.

Deutschunterricht der etwas anderen Art, der aber bei den Teilnehmern gut angekommen ist und von dem sie sich eine Wiederholung wünschen.

Helga Weinert-Kuhn

## **Auf der Suche nach einer neuen religiösen Heimat**

### *Gedanken zur Begleitung iranischer Konvertiten*

Zur zahlenmäßig stärksten Nationalität innerhalb meiner Sprechstunden in der Beratung zählen derzeit die iranischen Asylsuchenden.

Der Grund hierfür liegt in dem Umstand, dass viele Klienten durch Empfehlungen der iranischen Exilgemeinde zu uns kommen, weil wir nach der Revolution 1979 in der Khomeini Ära eine große Anzahl iranischer Flüchtlinge begleiteten und ihnen bei ihrem Anliegen, hier Schutz und Aufnahme zu finden, behilflich waren.

In den vergangenen 30 Jahren nach der Revolution habe ich in vielen Gesprächen Anteil genommen an den Asylbiografien vieler Iraner und Iranerinnen und ihrer tiefe Enttäuschung über die fehl gesteuerte Revolution wahrgenommen.

Ich habe den Schmerz über den Tod von Familienangehörigen und Freunden während des blutigen Iran/Irak Krieges erlebt, und Familienangehörige getröstet, die ihre Söhne anlässlich des von Khomeini angeordneten Massenmordes an den Volksmujahedin verloren haben.

Mit der persischen Kultur und Geschichte bin ich vertraut. Sie prägen auch heute noch das Selbstbewusstsein vieler Iraner. Und im Blick auf die Gegenwart machten mir meine Reisen in den Iran den eklatanten Widerspruch zwischen dem gelebten Selbstverständnis der Iraner und der aufgezwungenen Ideologie des Regimes deutlich.

Die Chatami - Ära mit ihren Reformen und dem Versuch einer politischen Öffnung nach draußen, lies viele auf eine Änderung der Verhältnisse hoffen. Wie ohnmächtig Chatami wirklich war, zeigte sich erst am Ende seiner zweiten Amtszeit, die die Erwartungen der aufstrebenden jungen Generation nicht erfüllte und schließlich 2005 zur Wahl Ahmadinejads führte, weil viele Iraner die Wahl boykottierten.

Inzwischen war eine neue Generation herangewachsen, die nicht mehr im Geiste Khomeinis lebte und eine andere Identität entfaltete. Die heute hauptsächlich junge iranische Bevölkerung hatte durch das Regime zwar bessere Bildungschancen erhalten, war aber nicht mehr gewillt, ihre individuellen Bedürfnisse der religiös definierten Ideologie des Regimes unter zu ordnen.

Am Ende ihres Bildungsweges rebellierten sie gegen die Vermarktung von Religion und Märtyrer Kult. Sie wollten leben, wie Jugendliche in anderen Teilen der Welt, deren Freiheit sie über Internet, und andere Medien kennen lernten.

Sie interessierten sich mehr, als es dem Regime lieb war, für ihre eigene vorislamische Kultur, „wallfahrten“ nach Persepolis und feierten enthusiastisch das altpersische Neurozfest, um dem Regime zu signalisieren, dass zur persischen Identität nicht zwingend der Islam gehörte. In dessen Namen das Regime sie gänzelte und überwachte.

Die theologischen und philosophischen Vordenker und Reformer verschwanden daraufhin sehr schnell in den Gefängnissen und wurden mit harten Strafen belegt.

Am auffälligsten bei ihrem Protest war die Auflehnung gegen die rigide Trennung der Geschlechter, die den Jugendlichen ein zwangloses Kennenlernen untereinander nicht ermöglichte ohne folgenschwere Eingriffe durch das Regime befürchten zu müssen. Damit verbunden war die bei vielen Frauen verhasste Kleiderordnung, die von Pasdaran und Bassidsch Milizen auf den Straßen streng kontrolliert und bei Verstößen diskriminierend geahndet wird.

Ein weiterer, für die meisten Iraner schmerzlicher Eingriff, ist die systematische Verdrängung der sowohl traditionellen iranischen Musik, die in der iranischen Kultur einen hohen Stellenwert einnimmt, wie auch jedweder anderer moderner Musikgattungen.

Musik und Tanz wurden fast restlos abgedrängt aus dem öffentlichen Kulturraum und konnten fast nur noch in den privaten Räumen weiter gepflegt werden, und auch dies nur mit erheblichen Risiken. Natürlich wurden hier Auswege gesucht.

Ungeachtet möglicher auftretender Schwierigkeiten erfreuen sich Einladungen mit Musik und Tanz in privaten Häusern weiter großer Beliebtheit, weil die Familien daran interessiert sind, ihren Kindern eine Möglichkeit zur Begegnung mit anderen Jugendlichen zu schaffen.

All diese Aufbrüche zur Selbstentfaltung werden diskriminiert und streng verfolgt.

Wenn man diesen Katalog gesetzlicher Tabuverletzungen oder „Strafdelikte“ sieht, versteht man, warum so viele Jugendliche auswanderten oder nach Protestkundgebungen fliehen mussten, wie beispielsweise nach der gewaltsam niedergeschlagenen Studentenrevolte.

Ein Teil dieser unangepassten jungen Menschen, wurde nach entsprechenden Rechtsverstößen von ihren Eltern ins Ausland gebracht, um sie vor den gefürchteten Gefängnissen im Iran zu bewahren. Doch ihre Aussichten bei uns waren nicht gut.

Schon viele derer, die bei uns schon während der Chatami Ära hier um Asyl nachsuchten, wurden in ihren Erwartungen enttäuscht. Ihre Begründungen reichten nicht aus, um eine Anerkennung als politischer Flüchtling oder als Flüchtling im Sinne der Genfer Konvention zu erhalten.

Selbst eine erhebliche Anzahl von Jugendlichen, die aus oppositionellen Familien kamen, wie den Volksmujahedin und ähnlichen Gruppen gingen bei den Verfahren leer aus und waren darauf nicht vorbereitet. Nach abgeschlossenem Verfahren, wurden sie zur Ausreise aufgefordert und ihnen die Abschiebung in den Iran angedroht. Dies war für die meisten das Ende einer Illusion von der großen Freiheit im goldenen Westen und stürzte sie in eine tiefe Krise. Die Mehrzahl unter ihnen saß über Jahre in den trostlosen Sammelunterkünften, fernab von der städtischen Gesellschaft und ohne die Chance zumindest die deutsche Sprache zu lernen oder zu arbeiten, mit Euro 40.- Taschengeld. Sie unterlagen der Residenzpflicht und lebten von Essenspaketen.

Als sie zu uns in die Sprechstunden kamen, waren viele unter ihnen schwer depressiv, verzweifelt, und einige auch inzwischen straffällig geworden durch eine Addition von Ordnungsstrafen, wie mehrfacher Verletzung der Residenzpflicht, illegalem Aufenthalt, illegalem Grenzübertritt beim Versuch in anderen europäischen Ländern mehr Glück zu haben. Aber auch Drogen- oder Alkoholprobleme treten nicht selten dazu. Isolation und Einsamkeit, gepaart mit Perspektivlosigkeit machten die Betroffenen häufig krank.

Die Schande über das Scheitern machte ihnen die Rückkehr unmöglich. Dazu tritt die Angst vor Strafen und vor allem ein erschreckender, glühender Hass auf das Mullah-Regime.

Unsere Gespräche über eine mögliche Rückkehr in den Iran scheiterten daher in der Regel.

Um eine zwangsweise Rückschiebung zu verhindern gingen die Betroffenen nicht zum Konsulat, um sich einen neuen Pass ausstellen zu lassen. Der alte Pass war oft abgelaufen oder vernichtet worden. Es dauerte lange, bis viele begriffen, dass sie mit dieser Methode keine Zukunft hatten. Aber haben sie die in Deutschland? Hier setzte meine Überzeugungsarbeit ein, die oft mehrere Sprechstunden in Anspruch nahm.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Äußerung eines Klienten einzuordnen, der nach sechs „verlorenen Jahren“ zu mir in die Sprechstunde geschickt wurde und sich vorstellte mit dem Satz:

„Ich bin am Ende, ich kann nicht mehr Frau Meier-Menzel.“ „Ich muss Christ machen!“

Nach einem erschütternden Gespräch über seine Situation, gelang es mir, ihm darzulegen, dass es durchaus noch einen anderen Weg gäbe, als eine „Konversion aus Verzweiflung“.

Aber es ist durchaus richtig, dass etliche der Betroffenen diesen Weg gehen, nicht zuletzt aber, weil sie Menschen begegnet sind, die auf sie zu gingen, und sich ihrer angenommen haben.

Es sind in nicht selten Christen, die überhaupt in die Sammelunterkünfte gehen, um diesen Vergessenen in unserer Gesellschaft Partnerschaft zu bieten, nicht alle in der Absicht zu missionieren.

Darunter finden sich Glieder verschiedener christlicher Gemeinden und Gruppierungen, lokaler Kirchengemeinden, über Mitglieder von Freikirchen bis hin zu den verpflichteten Boten der Zeugen Jehovas. Häufig ergeben sich daraus weiterführende Verbindungen.

Viele kommen schon mit Taufurkunden aus Kirchengemeinden oder werden von Mitarbeitern der jeweiligen Gemeinden zu uns gebracht.

Wie können wir auf sie eingehen?

In der Regel versuche ich in einem ausführlichen Gespräch mit einem Dolmetscher unseres Vertrauens (viele sprechen schon fließend Deutsch) ohne den jeweiligen Begleiter zu sprechen, um heraus zu finden, wie seriös das Anliegen ist und frage dann nach den Gründen für die Entscheidung, die Religion seiner Väter zu verlassen.

Die erste Reaktion ist fast bei allen identisch. „Ich hasse diese Mullahs und ich habe keine Beziehung mehr zu diesem Islam, in dessen Namen ganz normale Menschen hingerichtet oder kriminalisiert werden.“

Fast jeder unter den iranischen Asylsuchenden hatte in seinem Umfeld Willkür und Gewalt erlebt und ist davon geprägt.

Es fällt ihnen daher meist nicht schwer, eine solche Religion auf zu geben, obwohl ihnen bewusst ist, dass es für einen Muslim nicht erlaubt ist, seinen Glauben zu verlassen oder zu wechseln.

Auf der Grundlage der Hadithen (Aussprüche des Propheten) ist die Apostasi mit der Todesstrafe belegt, ganz im Gegensatz zum Koran, der jeden Zwang im Glauben verbietet (Sure 2, 256).

Im Iran eines Ahmadinejad gelten für den Abfall vom Glauben schwerste Strafen, in der Regel die Todesstrafe. Diese wird bei Anzeige auch vollzogen.

Offensichtlich sieht die islamische Republik des Iran darin eine Bedrohung von Staat und Gesellschaft.

Es gibt zwar im islamischen Strafgesetzbuch keinen Hinweis darauf, dass es sich um ein kriminelles Delikt handelt, wenn man die Religion wechselt, aber die Rechtspraxis geht auf eine Verordnung Ayatollah Khomeinis zurück.

Auf meine Frage an meine Klienten, was sie am Christentum anzieht, ist die häufigste Antwort, die Gewaltlosigkeit des Auftretens Jesu und seine Friedensliebe.

Wie stark die Ablehnung der religiösen Botschaft der Mullahs ist, deren Opfer sie geworden sind, wird in allen Gesprächen deutlich. Eine differenzierte Wahrnehmung ist auf dem Hintergrund der Erfahrung von Repression und Gewalterfahrung nicht mehr möglich.

Fakt ist nach meiner Auffassung, dass die Entscheidung zum Glaubenswechsel sehr stark von der Sympathie und Zuwendung abhängt, die ihm der jeweilige christliche Gesprächspartner zuteil werden ließ. Dabei hat der Umstand der freien Entscheidung einen hohen Stellenwert, weil sich der Betroffene als Individuum wahrgenommen sieht.

Diese Erleben des Angenommen Seins und der Freiheit fördert seine Entscheidung.

Allerdings ist der Weg von der getroffenen Entscheidung bis zum Zeitpunkt einer Anerkennung aufgrund der Konversion ein weiter und schwieriger Weg und er sollte ehrlich gegangen werden.

Die Ausübung einer freien religiösen Überzeugung ist in unserer Verfassung ein individuelles Menschenrecht.

Der Christdemokrat Kauder hat dies in einem Spiegel Artikel (3,2011)so formuliert: „Ich glaube, dass kaum etwas anderes die Identität des einzelnen Menschen so berührt wie die freie Ausübung der Religion.“

Deshalb erhalten Apostaten in unserem Land eine Anerkennung als religiös Verfolgte.

Aber mit der Entscheidung alleine ist es nicht getan.

Unsere Kirche definiert die Voraussetzungen für einen Glaubenswechsel so:

Am Anfang sollte eine Beheimatung in einer Gemeinde entstehen mit der Teilnahme an Gottesdienstbesuchen und Gemeindeaktivitäten.

Darin eingeschlossen sollte eine geistliche Begleitung für den Übertrittswilligen gegeben werden, die von Verständnis und Anteilnahme für seine Lage geprägt ist.

Vor der Taufe steht der Glaubensunterricht, der Grundkenntnisse des christlichen Glaubens vermittelt.

Erst nach einer inneren Zustimmung sollte dann die Taufe erfolgen.

**Es gibt zwar im Christentum eine Verpflichtung zu taufen, aber erst nach genauer Prüfung.**

Darauf sollte bei jedem Taufgespräch abgehoben werden.

Deshalb kann es auch eine Ablehnung geben.

Neben den kirchlichen Vorgaben für den Eintritt in das Christentum gibt es die praktizierten Vorgaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.

Diese werden abhängig gemacht

**von einer nachhaltigen Bindung an eine Kirchengemeinde, die von dieser nachgewiesen und bestätigt werden muss**

**und einem Glaubensunterricht, der Grundkenntnisse des christlichen Glaubens beinhaltet.**

In den beiden vergangenen Jahren habe ich sieben Konvertiten durch das Verfahren beim Bundesamt begleitet. In einem Fall hat der Betroffene alle Voraussetzungen erfüllt, aber sich noch nicht zur Taufe entschlossen, wollte noch zuwarten.

Im vergangenen Jahr waren es 3 Anerkennungen und zahlreiche Gespräche mit Antragstellern, die mich zu diesem Nachdenken geführt haben.

Da ich meine 30 jährige Arbeit mit Flüchtlingen auch stets aus einer christlichen Motivation heraus vorgenommen habe, war ich auch immer daran interessiert dieses Menschenrecht von unlauteren Beweggründen fern zu halten.

Dennoch muss gesagt werden: eine religiöse Glaubenshaltung kann man nicht prüfen.

Es ist keinem Menschen möglich, in die Herzen zu schauen. Und ich vertraue darauf.

Dass es auch Menschen gibt, die aus pragmatischen Gesichtspunkten diesen Schritt gehen, bezweifle ich nicht. „Wen wundert´s“ angesichts der Alternative in einen Iran zurück zu kehren, wo man erneut Ausgrenzung und Übergriffe zu erwarten hat. Im Verlauf der Geschichte, auch des Abendlandes gab es immer wieder Situationen, in denen Mitglieder anderer religiöser Minderheiten nach Eroberungen durch einen Herrscher anderer Religionszugehörigkeit ganz schnell ihren Glauben wechseln mussten, wollten sie nicht, wie jetzt im Iran, zum Opfer von Repression und Ausgrenzung werden. Aus der islamischen Geschichte kennen wir diese Beispiele auch.

So bleibt man vielleicht im einen oder anderen Fall in einer ambivalenten Gefühlshaltung zurück.

Selbst wenn dem so wäre, halte ich die daraus gewachsenen Begegnungen und Beziehungen des Konvertiten zu einer Kirchengemeinde oder zu einzelnen Christen für eine wertvolle Erfahrung, die ihm zumindest Einblick in die christliche Kultur und christlichen Werte gegeben hat. Ich möchte deshalb an dieser Stelle allen Kirchengemeinden, Seelsorgern und Gemeindegliedern danken, die Partnerschaft für die Suchenden geboten haben, sich mit ihnen auseinandergesetzt haben und ihnen zugewandt waren. In besonderem Maße gilt unser Dank der Baptisten Gemeinde in Karlsruhe, die eigens einen Farsi sprechenden Pfarrer dafür eingesetzt hat und sich dieser Herausforderung engagiert gestellt hat. Unsere Kirche lebt davon, dass wir uns gegenseitig annehmen und stärken.

Heidi Meier-Menzel

## Srebrenica-Filmreihe im Juli 2010

Um an den 15. Jahrestag des Massakers von Srebrenica angemessen zu erinnern, veranstalteten am 6., 8. und 10. Juli 2010 die Bosniakisch-Deutsche Gemeinde Karlsruhe, das Stadtmedienzentrum Karlsruhe am Landesmedienzentrum Baden-Württemberg, der Verein „Freunde für Fremde Karlsruhe e.V.“ und das Kulturamt der Stadt Karlsruhe eine Filmreihe im Landesmedienzentrum. Auch der Karlsruher Amnesty International-Bezirk und die Regionalgruppe der Gesellschaft für bedrohte Völker engagierten sich als Mitveranstalter und waren an allen drei Abenden mit einem Informationsstand über ihre Arbeit präsent.

Trotz großer Hitze und der laufenden Fußball-WM waren die drei Abende gut besucht. Die Filme „Stille Sehnsucht - Warchild“, „Esmas Geheimnis - Grbavica“ und „Sturm“ berührten die zahlreichen Zuschauerinnen und Zuschauer ebenso wie die den Filmen jeweils vorangestellten Vorträge. Der Ex-MdB und Balkanexperte Johannes Jung gab am ersten Abend eine historisch-politische Einführung in die Vorgeschichte, die Hintergründe und den Verlauf des Krieges in Bosnien. Heidi Meier-Menzel, die im „Begegnungs- und Beratungszentrum für Flüchtlinge“ (aus dem später der Verein „Freunde für Fremde“ hervorgegangen ist) intensiv bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge begleitet hatte und bis heute in unserem Verein mit davon traumatisierten Bosnierinnen und Bosniern arbeitet, beleuchtete am zweiten Abend das Thema „Sexualisierte Kriegsgewalt in Bosnien“. Am dritten Abend schließlich beleuchtete die Freiburger Anwältin und Menschenrechtlerin Jasmina Prpic vor und nach dem Den-Haag-Tribunal-Drama „Sturm“ die nur bedingt zuversichtlich stimmenden Chancen und Grenzen einer juristischen Aufarbeitung des Bosnienkriegs.

Auch der Generalkonsul der Republik Bosnien und Herzegowina Hariz Halilovic aus Stuttgart gab der Veranstaltung die Ehre seines Besuches und zeigte wie auch der Besuch zahlreicher bosnischer Menschen und das große Engagement des bosnischen Moscheevereines, dass neben dem Ziel, der deutschen Mehrheitsgesellschaft das Massaker von Srebrenica und den bosnischen Bürgerkrieg wieder mehr in Erinnerung zu rufen auch das zweite Ziel der Veranstaltungsreihe realisiert werden konnte, nämlich unseren bosnischen Freunden unsere anhaltende Solidarität und unser anhaltendes Mitgefühl zu zeigen. Der Blick auf die aktuelle schwierige politische und wirtschaftliche Lage in Bosnien und dem gesamten Balkanraum lässt erkennen, dass es dieser Solidarität auch in Zukunft weiter dringend bedarf.

Ein herzliches Dankeschön gilt neben den Besuchern vor allem den Vielen, die sich für diese Veranstaltungsreihe engagiert haben. Das Stadtmedienzentrum erwies sich als tolle Örtlichkeit für derartige Veranstaltungen und das Engagement der dort Verantwortlichen verdient jedes Lob.

Christoph Rapp



## Tag des Flüchtlings am 01.10.2010

Zum „Tag des Flüchtlings“ am 01.10.2010 war unser Verein „Freunde für Fremde“ in dreifacher Hinsicht aktiv.

So veranstalteten wir um 17 Uhr in der Kleinen Kirche in der Kaiserstraße unter dem Thema „Wie ein Vogel, der aus seinem Nest flüchtet, so ist ein Mensch, der aus seiner Heimat fliehen muss.“ (aus dem biblischen Buch der Spruchweisheit Salomos) einen ökumenischen Gottesdienst zum Tag des Flüchtlings. Gestaltet wurde die leider nur mäßig besuchte Veranstaltung von Mitarbeitenden der evangelischen und katholischen Kirche in Karlsruhe und des Vereins 'Freunde für Fremde'. Durch entsprechende Tatsachenberichte und in den Fürbitten stand im Gottesdienst die Problematik der Abwehr der Flüchtlinge an den europäischen Außengrenzen im Mittelpunkt.

Bereits ab dem frühen Nachmittag waren wir auch mit einem Infostand vor der Kleinen Kirche präsent und versuchten mit Stellwänden, Plakaten und Flyern die Öffentlichkeit für die schwierige Situation von Flüchtlingen in Deutschland zu sensibilisieren. Wie bei unseren anderen Informationsständen zeigte sich auch bei diesem Infostand die bedauerliche Tatsache, dass nur recht wenige Menschen Interesse an Themen wie der Abwehr und Ausgrenzung von Flüchtlingen haben. Bei vielen Menschen besteht nur wenig fundiertes Wissen, sondern bestenfalls Halbwissen und oft Vorurteile über die rechtliche Situation und die Lebensverhältnisse von Flüchtlingen in Deutschland und über die Fluchtursachen und die Flüchtlingszahlen - was dann wiederum oft zu Vorurteilen und dumpfer Ablehnung führt. Wir werden deshalb unsere Bemühungen um Aufklärung weiter fortsetzen.

Im Landesmedienzentrum Baden-Württemberg in der Moltkestraße fand dann ab 19 Uhr eine öffentliche Podiumsdiskussion mit Filmvorführung anlässlich dieses Tages statt. Unter dem Titel „Festung Europa ? - Erwartungen und Hoffnungen an die europäische Asyl- und Zuwanderungspolitik“ sprachen die Ettlinger Filmemacherin Gülsel Özkan, Karl-Kopp, der Europareferent von Pro Asyl e.V. aus Frankfurt am Main, Drs. Siebo M. H. Janssen (M.A.), Politikwissenschaftler und Historiker aus Bonn und der Jurist und Europarechtler René Repasi aus Karlsruhe. Der Einführung in die Thematik diente die Filmdokumentation „Ertrunken vor meinen Augen“ von Frau Özkan, in dem sie die Lage an der griechisch-türkischen Seegrenze in der Ägäis, die schwierige Lage von Flüchtlingen in der Türkei und in Griechenland und die Menschenrechtsverletzungen bei der Verhinderung der Einreise von Flüchtlingen in das EU-Gebiet eindrücklich dargestellt hat. Angelika von Loeper, Vorsitzende des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg e.V. konnte eine erfreulich große Anzahl von interessierten und diskussionsfreudigen Besuchern der abendlichen Veranstaltung begrüßen. Auch während der Veranstaltung waren wir neben anderen Vereinigungen mit einem Infostand präsent.

Neben „Freunde für Fremde“ e.V. Karlsruhe waren die Europa-Union Karlsruhe e.V., die Regionalgruppe Karlsruhe der Gesellschaft für bedrohte Völker, die Filmproduktionsgesellschaft Planet Film aus Ettligen, das Stadtmedienzentrum Karlsruhe am Landesmedienzentrum Baden-Württemberg und das städtische Kulturamt Veranstalter der abendlichen Veranstaltung; Mitveranstalter waren das Menschenrechtszentrum Karlsruhe e.V., der Bezirk Karlsruhe von Amnesty International, der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V. und der Freundeskreis Asyl Karlsruhe e.V.

Durch die große Anzahl an tragenden Organisationen ist es 2010 gelungen, den Tag des Flüchtlings ein wenig mehr als in den Vorjahren ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und hoffentlich auch breitere Kreise für die Wichtigkeit einer rechtsstaatlichen und menschenwürdigen Ausgestaltung des nationalen und europäischen Flüchtlingsrechts und der adäquaten Umsetzung in die Praxis zu sensibilisieren.

Christoph Rapp

## **Wie wir uns finanzieren – Wem wir danken**

Da unser Verein – satzungsgemäß – keinerlei öffentliche Zuwendungen in Anspruch nimmt, sind es die Mitglieder, die durch Ihre Beiträge und Spenden unsere Arbeit im Wesentlichen finanzieren.

Dafür und für ihr weites ehrenamtliches Engagement bei der Beratung, beim erteilen von Deutschunterricht, Hilfe bei Veranstaltungen und vieles mehr danken wir ihnen.

Auch dafür, dass der Beschluss die Mitgliedsbeiträge zu erhöhen von der Mitgliederversammlung mit großer Mehrheit getragen wurde.

Unser Dank gilt ebenso den vielen Spendern, ohne deren Zuwendungen unsere Arbeit nicht möglich wäre. Besonders erwähnen möchten wir den internationalen Frauenclub, der uns jedes Jahr aus dem Erlös des Pfennigbasars mit einer großzügigen Spende bedenkt; ebenso die Mir Mohammedi-Stiftung. Auch den Anwältinnen und Anwälten, die unsere Klienten vertreten, möchten wir für ihre humane Rechnungsstellung danken.

Ein besonderer Dank gilt diesmal den Künstlern Reinhold Friedrich (Trompete) und Eriko Takezawa (Klavier), die uns ein wundervolles Konzert geschenkt haben. Der Abend in der Durlacher Karlsburg wird bei allen Besuchern unvergessen bleiben. Der Reinerlös von 2.100 Euro kam allein unserer Arbeit zu Gute. Nach dem Konzert gab es noch ein geselliges Beisammensein, das durch kulinarische Leckereien unserer Klienten bereichert wurde - auch dafür herzlichen Dank.

Wir dürfen uns über die Akzeptanz und gute verständnisvolle Zusammenarbeit mit den Behörden unserer Stadt, die mit der „Migrationsarbeit“ betraut sind, bedanken. Dies sind besonders die Ausländerbehörde, das Landratsamt, die Landesaufnahmestelle, das Büro für Migration sowie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Ebenso gilt unser Dank den anderen Organisationen und Vereinen die in der Flüchtlingsarbeit tätig sind, für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Diese breite Unterstützung und Akzeptanz unserer oft schwierigen Arbeit wird uns auch in Zukunft sehr hilfreich sein und immer wieder ermutigen uns für die Fremden, Freunde zu sein.

Heidi Heger

## Statistik der Beratungsarbeit 2010

Im vergangenen Jahr wurden 615 Beratungsgespräche notiert. Die in nachstehender Tabelle aufgeführten Zahlen geben die Anzahl der Beratungsgespräche in der Sprechstunde wieder.

| Land           | Männer | Frauen | Gesamt |
|----------------|--------|--------|--------|
| Iran           | 147    | 20     | 167    |
| Serbien        | 33     | 30     | 63     |
| Deutschland    | 31     | 18     | 49     |
| Irak           | 31     | 11     | 42     |
| Afghanistan    | 25     | 11     | 36     |
| Kosovo         | 13     | 15     | 28     |
| Kamerun        | 18     | 8      | 26     |
| Bosnien        | 10     | 11     | 21     |
| Liberia        | 20     | 0      | 20     |
| Nigeria        | 13     | 4      | 17     |
| Gambia         | 14     | 0      | 14     |
| Rumänien       | 5      | 7      | 12     |
| Eritrea        | 4      | 4      | 8      |
| Sri Lanka      | 6      | 2      | 8      |
| Marokko        | 2      | 6      | 8      |
| Türkei         | 2      | 4      | 6      |
| Polen          | 1      | 4      | 5      |
| Frankreich     | 5      | 0      | 5      |
| China          | 3      | 1      | 4      |
| Italien        | 4      | 0      | 4      |
| Uigurien       | 4      | 0      | 4      |
| Thailand       | 0      | 3      | 3      |
| Kroatien       | 0      | 3      | 3      |
| Kuba           | 0      | 3      | 3      |
| Algerien       | 3      | 0      | 3      |
| Pakistan       | 2      | 1      | 3      |
| Russland       | 1      | 2      | 3      |
| Guinea         | 3      | 0      | 3      |
| Mazedonien     | 0      | 3      | 3      |
| Indien         | 2      | 0      | 2      |
| Vietnam        | 1      | 1      | 2      |
| USA            | 2      | 0      | 2      |
| Somalia        | 1      | 1      | 2      |
| Äthiopien      | 2      | 0      | 2      |
| Togo           | 0      | 2      | 2      |
| Kongo          | 2      | 0      | 2      |
| Albanien       | 0      | 2      | 2      |
| Kenia          | 0      | 2      | 2      |
| Usbekistan     | 0      | 2      | 2      |
| Syrien         | 0      | 2      | 2      |
| Moldawien      | 1      | 1      | 2      |
| Kurdistan      | 1      | 1      | 2      |
| Tunesien       | 1      | 0      | 1      |
| Niger          | 1      | 0      | 1      |
| Aserbajdschan  | 0      | 1      | 1      |
| Ghana          | 0      | 1      | 1      |
| Kasachstan     | 1      | 2      | 3      |
| Ukraine        | 0      | 1      | 1      |
| Tschetschenien | 0      | 2      | 2      |
| Mongolei       | 0      | 1      | 1      |
| Libanon        | 0      | 1      | 1      |
| Ägypten        | 1      | 0      | 1      |
| Turkmenistan   | 0      | 1      | 1      |
| Uganda         | 0      | 1      | 1      |
| Chile          | 1      | 0      | 1      |
| Montenegro     | 1      | 0      | 1      |
| Jugoslawien    | 1      | 0      | 1      |
| Summe          | 419    | 196    | 615    |



## **Impressum**

*Freunde für Fremde e. V.* – eine Initiative zur Begegnung von Flüchtlingen, Migrantinnen, Migranten und Deutschen.

Im Vorstand arbeiten z.Zt. Gertrud Stihler (Vorsitzende), Heidi Heger (stellvertretende Vorsitzende), Gisela Bader (stellvertretende Vorsitzende), Udo Dreutler (Kassierer), Nicole Herrling (Schriftführerin), Ljuljemie Rrachmani (Beisitzerin) und Christoph Rapp (Beisitzer).

Unsere Bankverbindung lautet: Evangelische Kreditgenossenschaft Karlsruhe  
BLZ 520 604 10, Kto 501 06 40

Sie finden uns im Internationalen Begegnungszentrum, Kaiserallee 12d, 76133 Karlsruhe neben der Volkshochschule, Ecke Kaiserallee/Yorckstraße, 1.OG, Telefon: 0721/84 53 41, Fax: 0721/8315560, Mail: [Freunde\\_fuer\\_Fremde@t-online.de](mailto:Freunde_fuer_Fremde@t-online.de)

Beratung: Dienstag 15 -17.30 Uhr sowie Donnerstag 10-12 und 14-16 Uhr.

Deutschunterricht: Montag - Donnerstag 10.00-12.00 Uhr und nach Vereinbarung.

Anmeldung: dienstags 11.30 Uhr.